

Programmdebatte:

**Demokratie und individuelle
Freiheitsgüter**

Seite 4

Stadtparteitag 25. September:

**Die Ergebnisse der Wahlen zu
den Gremien.**

Seite 6

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

16. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

28. September 2010

Ein Land für alle!...

...unter dieser Überschrift steht das Wahlprogramm unserer Partei zur Landtagswahl am 20. März 2011. In Vorbereitung darauf rief der Stadtverband Halle der Partei Die LINKE. am 25. September zum Stadtparteitag und 62 Delegierte und 11 Gäste kamen.

Wesentlichste Tagesordnungspunkte waren die Wahl der VertreterInnen zur Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt am 20.03.2011 und die Wahl von 14 Delegierten zu den Landesparteitagen 2011 und 2012.

Eröffnet wurde der Stadtparteitag durch Swen Knöchel, dem Vorsitzenden des Stadtverbandes Halle der Partei Die LINKE. mit dem Bericht des Stadtvorstandes. Nach einer kurzen Analyse der aktuellen politischen Situation bekundete er den festen politischen Willen, mit der Landtagswahl 2011 die CDU aus der Regierungsverantwortung in unserem Land abzulösen.

Dem schloss sich die Aussprache an, in der viele GenossInnen aus unserem Stadtverband zu aktuellen Themen der Kommunal- und

Landespolitik sprachen. Fraktionsvorsitzender Bodo Meerheim informierte über den Stand der Diskussion zum kommunalen Haushalt 2010, speziell zum Nachtragshaushalt, Henriette Quade machte Ausführungen über einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und auch das Thema Sozialticket wurde angesprochen. Hendrik Lange setzte seinen Schwerpunkt beim Thema Bildung und Ute Haupt forderte dazu auf, mit Bürgerinnen und Bürgern mehr ins Gespräch zu kommen. Sie warb für die Kampagne "Gegen das

Sparpaket". Sehr interessant waren auch die Ausführungen von Petra Sitte über die mikro- und makroökonomischen Folgen der aktuellen Weltwirtschaftskrise aus linker Sicht.

Dem schloss sich die Vorstellung der KandidatInnen für die Landesvertreterversammlung und Landesparteitagen 2011 und 2012 an.

Vielleicht wartet ja auf die Delegierten zum Landesparteitag demnächst richtig große Verantwortung - die Entscheidung über einen Koalitionsvertrag...

Wir sind gut aufgestellt für die Landtagswahlen 2011



von links: Hendrik Lange, Swen Knöchel, Marion Krischok,
Dr. Uwe-Volkmar Köck

aus dem Stadtverband

Vorbereitung auf die Landtagswahl am 20. März 2011 Mitgliederversammlung im Wahlkreis 39



Marion Krischok

hat sich erst kurzfristig entschieden, als Direktkandidat zu kandidieren.

Zunächst stellte sich Marion Krischok vor. In Ihrer Rede ging sie auf die Verknüpfungen von Landes- und Kommunalpolitik ein, forderte „demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bei allen gesellschaftlichen Belangen ein“.



Jürgen Schiller

hätte sich gerade angesichts der Nachfragen doch klarere Aussagen zu diesem Thema gewünscht.

Das Wahlergebnis war dann eindeutig: Von 52 Stimmberechtigten entfielen auf Marion Krischok 44 Stimmen, auf Hans-Jürgen Schiller 7 Stimmen, 1 Wahlberechtigter des Wahlkreises enthielt sich der Stimme. Wir gratulieren Marion Krischok und wünschen uns einen effektiven Wahlkampf im Interesse einer positiven Veränderung in unserem Land.

Nach der Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Stadtvorsitzenden Swen Knöchel und der zu absolvierenden Formalitäten war es ein besonderer Höhepunkt, dass unser Landesvorsitzender, Matthias Höhn, sich an die Versammlung wandte. In seinem Diskussionsbeitrag ging er nochmals auf die Zielstellung unserer Partei - stärkste Kraft in Sachsen-Anhalt zu werden - ein.

Im Wahlkreis 39 standen Marion Krischok und Hans-Jürgen Schiller als Direktkandidaten zur Wahl. (Uwe Heft hatte im Vorfeld aus gesundheitlichen Gründen seine Kandidatur zurückgezogen.) Hans-Jürgen Schiller



Mathias Höhn

wie Marion es versteht, Landespolitik auf die Stadt“ herunter zu rechnen“. Dabei kommt ihr sicher auch ihre jahrelange Erfahrung durch die Arbeit im kommunalpolitischen Forum zugute. Ihre Forderungen nach Ortschafts- und Stadtteilräten ist schon lange eine Forderung der Partei DIE LINKE.

Als nächstes stellte sich Hans-Jürgen Schiller vor. Er ging in seiner Vorstellung sehr intensiv auf den Silberhöher Mittagstisch ein, wo materiell benachteiligte Menschen für wenig Geld eine warme Mahlzeit erhalten können. Leider fehlte bei seiner Vorstellung der Bezug zum Landeswahlprogramm und wie er dazu steht.

„Nur wer bei und mit den Menschen lebt, kennt ihre Probleme und kann konkrete Lösungen anbieten.“ - Dieser Satz aus der Rede von

Marion trifft unbedingt auch auf Hans-Jürgen Schiller zu, aber man

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
23.09.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.10.2010

14. Oktober 2010

Cornelia Hildebrandt

**Linke Regierungen, Chancen
und Herausforderungen**

**18 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

Mitgliederversammlung im Wahlkreis 37

Hendrik Lange steht für Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Der Wahlkreis 37 ist kein in sich geschlossenes Gebiet. Ein Blick auf den Stadtplan zeigt eher einen Schlauch so von Nord nach Süd, das heißt von Lettin und Heide-Nord über Heide-Süd bis zum Thüringer Bahnhof und Gesundbrunnen. Dennoch nahm DIE LINKE aus diesen Wohngebieten von ihrem Recht nach § 19 des Landeswahlgesetzes Gebrauch, um einen Kandidaten für das Direktmandat zu nominieren. Dazu trafen sich die Genossinnen und Genossen am 22. September im Künstlerhaus 188.

Beworben hat sich für das Direktmandat in diesem Wahlkreis nur ein Kandidat - Genosse Hendrik Lange, Diplom-Biologe, 33 Jahre und zurzeit Mitglied des Landtages. Er besaß den Mut und warb um die Zustimmung der anwesenden Stimmberechtigten, obwohl er weiß, dass sein Ressort Hochschul- und Wissenschaftspolitik nicht unbedingt auf das brennende Interesse breiter Bevölkerungsschichten stößt, aber in der Gewissheit, dass dieses Politikfeld wichtig für einen halleschen Wahlkreis ist, denn die Martin-Luther-Universität ist einer unserer größten Arbeitgeber. In seiner Bewerbungsrede berichtete er von seiner Abgeordneten-tätigkeit und seinen Erfahrungen im Landtag. Er informierte über finanzielle Kürzungen im Hochschulbereich - dort verlangt man immer höhere Leistungen mit sinkendem Personalbestand. An diesem Punkt brachte er zum Ausdruck, dass ein Politikwechsel in Sachsen-Anhalt dringlich notwendig ist. Eine solide

Finanzausstattung der Universitäten und Hochschulen für Lehre und Forschung ist eine Investition für die Zukunft. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die derzeitige Regierung abgelöst werden muss. Hochschulpolitik ist zum großen Teil Landespolitik und auf diesem Feld sieht sich Hendrik Lange an der richtigen Stelle. Er war stets gesellschaftlich engagiert, als er zum Studium nach Halle kam war er im Studierendenrat. Nun ist er selbstverständlich auch außerparlamentarisch tätig. Er hat Bildungsstreiks mit begleitet und reiht sich bei Demonstrationen gegen Rechts mit ein. Seine Beziehungen zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind durch einige Funktionen gekennzeichnet. Er ist einmal Vorsitzender des Bildungsvereins Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen-Anhalt und zum anderen Vorsitzender des Begegnungs- und Beratungszentrums Lebensart sowie Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Bildung innerhalb der Partei im Stadtkreis und im Land. Von 48 abgegeben Stimmen konnte er 44 auf sich vereinen. Mit Hendrik Lange hat DIE LINKE im Wahlkreis einen kompetenten Kandidaten an ihre Spitze gestellt. Wieder einmal hat ein Vertreter der jüngeren Generation das Vertrauen auch älterer Mitglieder gewonnen.

Mit dieser Versammlung hat DIE LINKE in der Stadt Halle nach dem Wahlgesetz eine wichtige Vorarbeit auf den Wahlkampf geleistet. Im Schlusswort bemerkte Swen Knöchel, mit der Ablösung der der CDU/SPD Regierung wird sich nicht alles im Land ganz schnell



Hendrik Lange ändern, aber gute Voraussetzungen für Veränderungen werden geschaffen, um all das zu erreichen, brauchen wir die ganze Partei. Beim Plakatieren, Verteilen von Material und Gesprächen an den Info-Ständen werden freiwillige Helfer gebraucht.

hajo

Zu singen am 3.10.2010

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch
Verstand
daß ein gutes Deutschland blühe
wie ein anderes gutes Land
Daß die Völker nicht erleichen
wie vor einer Räuberin
sondern ihre Hände reichen
uns wie anderen Völkern hin
Und nicht über und nicht unter
anderen Völkern wollen
wir sein,
von der See bis zu den Alpen
von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dies Land verbessern
lieben und beschirmen wir's
Und das Liebste mag's uns
scheinen
so wie anderen Völkern ihr's.
Text: Bertolt Brecht :
Festlied der Kinder, auch
Kinderhymne genannt
Musik: Hanns Eisler

Programmdebatte:

Demokratie und individuelle Freiheitsgüter

Text für den Basiskonvent der LINKEN Sachsen-Anhalt, 17.09.2010

Einer der Hauptkritikpunkte am ersten Programmentwurf ist die mangelnde Wertschätzung demokratischer Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft. Wir kritisieren ein Verständnis von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das dieses als Automatismus beschreibt. Der Prozess der Demokratisierung als sozialistischer Transformationsansatz bleibt unterbelichtet.

Es heißt einerseits: „Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.“

Daneben stehen undifferenzierte Zuspitzungen des Entwurfes wie „Wo der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie.“

I.

Jede programmatische Geringschätzung demokratischer Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft führt die LINKE in strategische Politikunfähigkeit. Dies gilt direkt für die Nutzung eben dieser Potentiale in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Zum anderen wird die Verteidigung demokratischer Potentiale gegenüber dem Abbau oder Aushöhlung ohne deren Wertschätzung unglaubwürdig.

II.

Es gibt keinen Automatismus von sozial gleichen Teilhabebedingungen und tatsächlich möglicher demokratischer Teilhabe. Die verkürzte Formel „individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit (...) durch soziale Gleichheit der Teilhabe (...)“ (Entwurf, Prä-

ambel) behauptet jedoch genau diesen Automatismus. Unstrittig ist, dass demokratische Teilhabe der/des Einzelnen ihre sozialen Grundlagen braucht, und dass die LINKE gegen soziale und kulturelle Ausgrenzung auch wegen derer antidemokratischer Dimension kämpft. Die Frage nach Verteidigung und radikaler Erneuerung der Demokratie darf sich darin jedoch nicht erschöpfen.

III.

Demokratie und demokratische Potentiale einer Gesellschaft bedingen institutionalisierte Mechanismen von Interessenvertretung und Interessenausgleich, von demokratischem Umgang von Mehrheiten und Minderheiten. Diese aber müssen ihre Grundlage in unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechten haben. Der und dem Einzelnen muss ein individueller Kernbereich an persönlichen Rechten gehören, der durch keine politische und/oder staatliche Zwecksetzung eingeschränkt werden darf.

IV.

Sozialistische Programmatik muss von der Frage ausgehen, welche sozialen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Bedingungen der und die Einzelne notwendig braucht, um die Bedingungen der eigenen Existenz selbstbestimmt beherrschen zu können. Die und der Einzelne als gesellschaftliches Individuum ist uns Maßstab.

V.

Formationstheoretische Wunschzettel beschreiben ein Politikverständnis, das die Vielschichtigkeit von politischen Prozessen und Zusammenhängen auf die Ab-

lösung einer Gesellschaftsformation durch die andere - gleich einem Geschichtsplan - reduziert. Die notwendige politische Gestaltung der Gegenwart droht, in die Zukunft verlagert zu werden - in eine Zukunft, die sich der kritischen Auseinandersetzung in der Gegenwart entzieht. Das führt tendenziell zu Einseitigkeiten und zu einem Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien. Letztlich schränkt es politisches Eingreifen in eine komplexe Gesellschaft ein.

VI.

Der programmatische Blick auf die und den Einzelnen in den Bedingungen seiner Existenz ermöglicht der LINKEN, Prozesse der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche als Weg sozialistischer Transformation zu beschreiben. Formationstheoretische Systemwechsel-Beschreibungen hingegen bleiben in ihrer Fixierung auf die (national-)staatliche Ebene letztlich hinter diesem Anspruch zurück. Wirkliche Radikalität transformatorischer Ansprüche verkürzt sich in ein nebulöses Ziel wo es praktischer Wege bedarf.

VII.

Mit der Geringschätzung demokratischer Freiheitsgüter (oder deren Reduktion auf ihre sozialen Bedingungen) korrespondiert die Geringschätzung der Geschichte der PDS im 1. Kapitel des Programmentwurfes. Wer der PDS lediglich zugesteht, eigenständige Kraft und Vertreterin von Ost-Interessen gewesen zu sein, ignoriert nicht nur ihre praktischen politischen Erfolge auf kommunaler, Landes- und Bundesebene - und damit ihre programmatischen Er-

fahrungen von Politikfähigkeit. Vor allem wird ignoriert, dass es die PDS war, die die wichtigste programmatische Neubestimmung der Linken in Deutschland nach dem Ende des Staatssozialismus und in Aufarbeitung dieser Erfahrungen formuliert hat:

VIII.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Debatten um eine programmatische Neubestimmung ist, dass soziale Gerechtigkeit und individuelle wie gesellschaftliche Freiheit zwingend miteinander und nicht mehr gegeneinander oder nacheinander zu betrachten sind. Damit knüpfte linke Programmatik in Deutschland wieder bei Rosa Luxemburg an und eröffnete zugleich moderne linke Perspektiven ins 21. Jahrhundert.

IX.

Die programmatische Wertschätzung und die praktisch-politische Verteidigung individueller Freiheitsgüter gegen antidemokratische Bestrebungen beschreibt notwendigerweise das Selbstverständnis der LINKEN als antifaschistische Partei.

X.

„DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, die jedem ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht. Wir vertreten einen Demokratieansatz, der mit den Freiheitsrechten verknüpft ist und auf soziale Gerechtigkeit sowie umfassende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzielt.

Eine lebendige Demokratie erfordert vor allem transparente Strukturen von Staat und Politik, eine wirkliche gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, die allgemeine und umfassende Zugänglichkeit von Informatio-

nen, die nachteilslose Möglichkeit der Minderheitenposition, die Hinterfragung der politischen Praxis auf ihren tatsächlichen demokratischen Gehalt, die Kontrolle staatlicher Institutionen, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt auch den Schutz und die Verteidigung der Demokratie. Für uns gewinnt Demokratie ihren Gehalt aus dem Zusammenhang von sozialen und politischen Rechten. [...] Wir wollen neben dem „Mar-

kenzeichen“ der LINKEN, der sozialen Gerechtigkeit, die Frage der politischen Rechte, mithin der demokratischen Gesamtverfassung unserer Gesellschaft, gleichberechtigt in die Politik von Partei und Fraktionen einbringen. Erst durch diese Verknüpfung wird unsere Kapitalismuskritik zu einer linken.,, (Aus: Beschluss des Landesparteitages der LINKEN Sachsen-Anhalt, Sept. 2008)

Frank Baier

Feiertag

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer (CDU) mit einer Stimme Mehrheit - das war seine eigene - zum Bundeskanzler gewählt. Die Regierung Adenauer konnte gebildet werden. Mit deren Vereidigung war die Bildung des westdeutschen Staates vollendet. Mit der Regierung Adenauer begann die Remilitarisierung Deutschlands. Die Westmächte hatten die Einbeziehung von (West-) Berlin in die BRD untersagt. So wurde Bonn Sitz der Regierung und Bundeshauptstadt. In den Kalendarien ist kein Feiertag für die Gründung der BRD enthalten.

Am 07. Oktober 1949 wurde in (Ost-) Berlin die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verkündet. Mit der Regierungsbildung wurde Otto Grotewohl (SED) beauftragt. Damit war ein zweiter deutscher Staat gebildet. Hauptstadt der DDR wurde (Ost-) Berlin. Mit der Regierung Grotewohl begann die Politik der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn (Oder- Neißer- Grenze).

Der 7. Oktober wurde im ganzen Land zum Feiertag.

Ist es eindeutig, welcher deutsche Staat als erster entstand?

Wer muss sich die Bezeichnung „Spalterstaat“ gefallen lassen?

Am 3. Oktober 1990 wurde durch den Beitritt der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD die staatliche Einheit Deutschlands hergestellt. Berlin ist Hauptstadt für ganz Deutschland. Dennoch arbeiten zwanzig Jahre nach der deutschen Einigung noch zahlreiche Ministerien in Bonn und verzögern ihren Umzug nach Berlin. Ein teurer Pendelverkehr zwischen Berlin und Bonn mit Flugzeug, Zug und Dienstwagen belastet den Bundeshaushalt in unsinniger Weise.

Der 3. Oktober ist im Kalender als Feiertag gekennzeichnet. Die Feierlaune in West und Ost hielt sich bisher in Grenzen.

Vielleicht feiern wir 2015 zum 25jährigen Geburtstag der Einheit schöne große Feste gemeinsam mit unserer europäischen Nachbarn? Oder DIE LINKE veranstaltet eine internationale Konferenz zum Thema: „Die Mauer muss weg. Erfahrungen aus Deutschland“ mit Einladungen an Parteien in Nord- und Südkorea, in Israel und Palästina, in den USA und Mexiko u.a.?

Vielleicht hat der 3. Oktober als Feiertag doch eine Perspektive.

G. Nau

aus der Stadtratsfraktion:

Ich möchte im Bildungsausschuss gern die Sicht der Eltern auf aktuelle Belange der Schulentwicklung einbringen.



Heike Deuerling-Kalsow

Heike, Du bist das erste Mal als sachkundige Einwohnerin in der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) tätig. Was heißt das für Dich?

Ja, seit dieser Wahlperiode, also einem guten Jahr, bin ich sachkundige

Einwohnerin im Bildungsausschuss der Stadt Halle (Saale). Grundlage für diese Berufung war sicher meine Arbeit im Elternbeirat der KGS Humboldt, an der mein Sohn lernte. Ich möchte im Bildungsausschuss gern die Sicht der Eltern auf aktuelle Belange der Schulentwicklung einbringen.

Noch bin ich im Ausschuss die Lernende und nehme viele Gedanken auf, höre zu.

In der AG Bildung tauschen wir uns dann aus und ich kann mich mit meinen neu gewonnenen Erfahrungen einbringen.

Derzeit wird im Ausschuss das Thema „Förderschulen“ diskutiert. Insbesondere geht es um Schließungen von Förderschulen. Wie ist Deine Meinung zu dieser Thematik?

Alle Förderschulen sind notwendig. Nicht zuletzt resultiert meine Meinung auch aus der Beratung mit den Direktoren und Vertretern der Eltern von Förderschulen im Rahmen unserer Fraktionssitzung. Die Eingliederung von Kindern, die den intensiven Förderbedarf benötigen, an eine „Regelschule“ geht nicht von heute auf morgen.

In den Förderschulen sind die Förderbedingungen auf die Kinder abgestimmt, es geht ein Stückchen individueller zu. Mit einer Zusammenlegung würden sich auch für die Kinder wieder längere Schulwege ergeben, damit auch Kosten. Aber im Moment scheint Bewegung in die Diskussion gekommen zu sein, in einer der nächsten Beratungen des Bildungsausschusses wird es eine neue Vorlage geben.

Wo engagierst Du Dich noch in unserer Partei bzw. darüber hinaus?

Ich bin auch das erste Mal Mitglied im Stadtvorstand, engagiere mich in der Initiative zur Gründung einer Bürgerinitiative „Sozialticket“ und ganz neu ist, dass ich die Mitgliedschaft im kommunalpolitischen Forum angemeldet habe.

Das Interview führte Ute Haupt.

**Stadtparteitag am
25. September**

Die Gewählten:

Vertreter für die

Landeserträterversammlung:

Marianne Böttcher
Heike Deuerling-Kalsow
Ute Haupt
Melanie Heyner
Marion Krischok
Henriette Quade
Frigga Schlüter-Gerboth
Frank Baier
Ralf Böttcher
Dirk Gernhardt
Sven Knöchel
Bodo Meerheim
Hendrik Lange
Rene Trömel

Ersatzvertreter:

Renate Krimmling

**Delegierte für die
Landesparteitage:**

Marianne Böttcher
Heike Deuerling-Kalsow
Ute Haupt
Melanie Heyner
Marion Krischok
Henriette Quade
Frigga Schlüter-Gerboth
Ralf Böttcher
Dirk Gernhardt
Ants Kiel
Sven Knöchel
Hendrik Lange
Uwe Larsen Röver
Rene Trömel

Ersatzdelegierte:

Renate Krimmling
Frank Baier

**Ersatzvertreter
im Landesausschuss**

Elisabeth Nagel
Uwe Larsen Röver

Churchill

Manchmal kommt man auf ganz eigenartige Weise mit der Historie in Berührung. Und wir kamen.

Auf unserem Wege zum Garten kommen wir in Halle-Trotha an einem Haus vorbei, das hinter einem Eisenstangen-Tor von einer Bulldogge stattlicher Größe in gelangweilt-dösender Haltung, auf dem Bauch liegend, bewacht wird. Sie ist schon im gesetzten Alter, wie es scheint und weiß, wie man sich benimmt, z. B. nicht bellt, wenn jemand, so wie wir, vorbeigeht.

Neulich hörten wir das Herrchen seinen Namen rufen: „Churchill!“ Wir waren amüsiert. Churchill folgte brav. Ist das ein gängiger Name für männliche Hunde geworden oder haben dessen Herrchen humorigen Einfallsreichtum bei der Namensgebung an den Tag gelegt, denn genau genommen fehlt unserem Hunde-Churchill nur noch die Zigarre und die Analogie wäre perfekt?

Wenn Churchill heutzutage wirklich schon ein üblicher Rüdename wäre, dann wissen ihre Besitzer vielleicht gar nicht, was sich mit diesem Namen verbindet, denn über „Übliches“ denkt man für gewöhnlich nicht mehr lange nach und weiß deshalb auch gar nicht mehr, dass sich, als sich der von Deutschland entfachte zweite Weltkrieg dem Ende neigte, der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt, der sowjetische Generalissimus J. W. Stalin und der britische Premier-Minister W. Churchill in Jalta und Teheran zusammensetzten, um über das Schicksal Nachkriegsdeutschlands zu befinden, das dann später in Potsdam besiegelt wurde: Aufteilung und Teilung!

Immer, wenn wir an dem Hunde-Churchill vorbeikommen, müssen wir aber nicht nur an den Politiker, sondern auch an den Menschen mit seinen Ecken und Kanten denken. Eine kleine Anekdote, die man sich bis heute erzählt, macht das möglich: Da hatte Winston Churchill als Premier die Unterhausabgeordneten des britischen Parlaments zum alljährlich stattfindenden Ball eingeladen. Churchill stand an der Bar, rauchte genüsslich seine Havanna und hatte schon einige Gläschen vom beliebten schottischen Whisky getrunken, als sich eine Abgeordnete bei ihm bemerkbar machte, weil sie mit ihm sprechen wollte. Churchill drehte sich zu ihr um. Die Abgeordnete reagierte etwas entsetzt: „Aber Mr. Churchill, Sie sind ja betrunken!“ „Ja“, erwiderte er heiter und gelassen, „und Sie sind hässlich, aber ich bin morgen wieder nüchtern.“

Ein wenig galanter Humor, den er da an den Tag legte, englischer Humor vielleicht (?). Ja, an dieses Anekdotchen erinnern wir uns und lächeln über Hunde-Churchill.

Lothar Waide



Kommentiert:

Sarrazin regional

Am 9. September 2010, gegen 21.30 Uhr, in der Südstadt, Amsterdamer Straße: 6 Jugendliche ziehen um die Häuser. Eine Demonstration? Scheinbar ja. Sie rufen zuerst: „Sarrazin hat Recht!“ und wenig später: „Ausländerraus!“ In einem der Häuser wohnt ein Ausländer mit dunkler Hautfarbe, parterre. „Komm raus, schwarzer Mann! Komm her Nigger...“ Anwohner sind geschockt, einer ruft die Polizei, nur Minuten später ist der Spuk vorbei.

Ausländerhass, Neonazis und Sarrazin - eine merkwürdige oder folgerichtige Trilogie? Beängstigend ist: alles ist Realität und Sarrazin hat dem noch eine theoretische Grundlage gegeben. Deutschland reagierte geschockt, aber es passiert jeden Tag. Der Aufschrei auf eine wirksame Marketinginszenierung der Deutschen Verlags Anstalt (Verlag) und Thilo Sarrazin war laut, doch täuscht es nicht darüber hinweg, dass Deutschland seine Probleme mit der Integration von Ausländern hat. Schon früher waren sie angeblich die Schuldigen für die Arbeitslosigkeit, für Kriminalität und all die schlechten Dinge, die das Leben so bereit hält. So lenkt man schon seit Jahren von eigenen Fehlern und der Krise ab. Der Untertitel des Buches „Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, übrigens vor allem durch die „Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern“, ist eindeutig.

Es gibt Befürworter und Nazis, die dies gleich in die Praxis umsetzen. Und das hatten wir schon mal, vor 77 Jahren.

R.S.